



Zeitpolitik in Wien – Politik zur Sicherung der Lebensqualität

Machbarkeitsstudie: Kommunale Zeitpolitik und Projektideen für Wien

Ingrid Mairhuber

Roland Atzmüller

Jänner 2009

Machbarkeitsstudie im Auftrag der Magistratsabteilung 27
EU-Strategien und Wirtschaftsentwicklung
(Dezernat: Arbeit, Wirtschaft, Technologie und Forschung)

Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt
A-1020 WIEN, Aspernbrückengasse 4/5
Tel.: +431 21 24 700
Fax: +431 21 24 700-77
office@forba.at
<http://www.forba.at>

EXECUTIVE SUMMARY

Kommunale Zeitpolitik – Hintergründe und europäische Entwicklungen

Kommunale Zeitpolitik zielt grundsätzlich darauf ab, die alltägliche **Lebensqualität** in **zeitlicher Hinsicht** bzw. den „Zeitwohlstand“ von Menschen zu verbessern. Individuelle, persönliche Anstrengungen zur Verbesserung des Zeitmanagements greifen dafür zu kurz, denn die zeitliche Gestaltung des Alltags hängt stark von den gesellschaftlich vorgegebenen Zeitstrukturen vor Ort – etwa Erwerbsarbeitszeiten, Öffnungszeiten, Fahrpläne, Kinderbetreuungs- und Schulzeiten – ab. Während etwa die politische Relevanz der gesellschaftlichen Nutzung des Raumes traditionell ihren Niederschlag in Raumplanung und Raumordnung findet, wurde Zeitpolitik bisher entweder nicht integriert betrachtet oder stellt – so wie in einigen EU-Ländern – noch ein relativ junges politisches Handlungsfeld dar.

Die **Hintergründe** für das zunehmende Interesse an kommunaler Zeitpolitik sind in den tief greifenden **Veränderungen der gesellschaftlichen Zeitstrukturen**, die durch den Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft ausgelöst wurden, zu finden. Die industrielle Zeitordnung beruhte auf kollektiven Zeitmustern, wie etwa der standardisierten wöchentlichen und täglichen „Normalarbeitszeit“ – insbesondere für erwerbstätige Männer. Diese Zeitmuster verlieren insbesondere durch die **Flexibilisierung und Entgrenzung der Erwerbsarbeit**, durch das geänderte **Erwerbsverhalten der Frauen**, durch neue und verstärkte **Migrationsströme** sowie durch gesellschaftliche **Individualisierungstendenzen** zunehmend an Bedeutung. Vor allem mit der gestiegenen (Vollzeit-)Erwerbstätigkeit von Frauen kann die Abstimmung zwischen den unterschiedlichen Zeiten und Zeitlogiken der Unternehmen, der öffentlichen Einrichtungen und der Privatsphäre nur mehr unter großen Schwierigkeiten erbracht werden. Verstärkt wird diese Problematik durch die Zunahme von AlleinerzieherInnen und von jungen Familien ohne Großeltern vor Ort (vor allem bei Migrationshintergrund). Da die Familien – und in ihnen die Frauen – nicht mehr als Ausgleichspuffer für Zeitkonflikte dienen (können), erfordert die Organisation des Alltags aufwändige zeitliche Abstimmungsleistungen. Erschwert wird die Bewältigung des Alltags, wenn öffentliche Institutionen wie Kindergärten, Schulen, Verkehrsmittel etc. im lokalen Umfeld nach wie vor eher den „alten“ Zeitmustern folgen.

In Italien haben die Debatten über die Notwendigkeit einer expliziten Zeitpolitik und die Gestaltung der kommunalen Zeitpolitik unter dem Begriff *tempi della città* („Zeiten der Stadt“ bzw. „Stadtzeiten“) bereits in den 80er Jahren ihren Anfang genommen und sind in der Praxis auch am weitesten verbreitet. Maßgeblich beteiligt an der Entstehung kommunaler Zeitprojekte waren die politische und autonome Frauenbewegung, Gewerkschafterinnen sowie Wissenschaftlerinnen. **Ausgangspunkte** für die ersten Zeitprojekte stellten die **alltägliche Zeitknappheit der (vollzeit-)erwerbstätigen Frauen** sowie die zunehmenden Flexibilitätsanforderungen dar. Die Vereinbarkeit der Lebens-

und Arbeitsbedingungen soll u.a. durch die verbesserte zeitliche Zugänglichkeit zu öffentlichen und privaten Dienstleistungen erreicht werden. **Kommunale Zeitprojekte** beziehen sich daher etwa auf die Anpassung und/oder Koordinierung der **Öffnungszeiten** von Kindergärten, Horten, Schulen, ambulanten Pflegediensten und anderen sozialen Diensten, öffentlichen Verwaltungseinrichtungen und Bibliotheken, aber auch von Angeboten der täglichen Versorgung im Stadtteil sowie Bildungs- und Kulturangeboten. Daneben spielt die bessere Befriedigung und/oder Reduzierung des **Mobilitätsbedarfs** eine wichtige Rolle. Konkrete zeitpolitische Projekte zielen auf die De-Synchronisation von Verkehrsströmen sowie die Vermeidung von Weg- und Wartezeiten ab (etwa durch Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, Abstimmung von Fahrplänen, bürokratische Vereinfachungen und e-government, Abbau des Versorgungsgefälles zwischen Zentrum und Peripherie, Organisation von Arbeit, Wohnen und Freizeit in räumlicher Nähe). In Italien ist kommunale und lokale Zeitpolitik seit 2000 gesetzlich verankert und zu einem umfassenden Gestaltungsansatz avanciert. In vielen italienischen Kommunen wurden so genannte Zeitbüros eingerichtet und in einigen Städten Raumordnungs- und Flächenwidmungspläne durch so genannte Zeitordnungspläne ergänzt.

Im Laufe der 90er Jahre verbreitete sich das Konzept der „Stadtzeiten“ im Rahmen europäischer Kooperations- und Vernetzungszusammenhänge (etwa durch das von der EU finanzierte Eurexter-Projekt) über Italien hinaus. Neben der Entwicklung **zeitpolitischer Handlungsansätze in einzelnen EU-Ländern**, wie etwa Frankreich, entstanden auch in einzelnen deutschen Städten, wie Bremen und Hamburg, Modellprojekte und praktische Gestaltungsexperimente. Mittlerweile sind verschiedene Entwicklungen in zahlreichen europäischen Städten über den Versuchscharakter hinausgewachsen: Zum Beispiel thematisiert das „**Zeitbüro**“ in Bremen-Vegesack, das seit 1997 besteht, Zeitkonflikte und moderiert Veränderungsprozesse. Zu diesem Zweck arbeitet das Zeitbüro eng mit öffentlichen und privaten DienstleisterInnen und anderen wichtigen Organisationen vor Ort zusammen und hat entsprechende Arbeits-, Abstimmungs- und Beteiligungsstrukturen etabliert. Zentrales Handlungsfeld des Zeitbüros sind Synchronisation von Öffnungszeiten zur Innenstadtbelebung, alltagstaugliche zeitsparsame Mobilitätsstrukturen und eine stärkere BürgerInnenorientierung der Verwaltung. Im März 2005 hat weiters der Gemeinderat von Bozen einen „**Zeitordnungsplan**“ genehmigt, der nach umfassenden Gesprächen mit den BürgerInnen erarbeitet wurde. Es handelt sich dabei um ein spezifisches Planungsdokument, das der kommunalen Zeitpolitik eine neue Entwicklungsperspektive für die kommenden zehn Jahre gibt und Teil des Strategischen Entwicklungsplans der Stadt Bozen „Idee 2015“ ist.

Zeitpolitik in Wien – Politik zur Sicherung der Lebensqualität

Implizite und explizite Zeitdimensionen

Wien hat in den letzten Jahren viele Maßnahmen gesetzt, um das hohe Niveau städtischer Lebensqualität zu erhalten und auszubauen. Konflikte zwischen verschiedenen

Gruppen werden durch geeignete Mediationsinstrumente (Gebietsbetreuung) bearbeitet und lokale Partizipationsprozesse gestartet (Agenda 21). Die kommunale öffentliche **Verwaltung** wurde einer **tief greifenden Modernisierung** unterzogen (Stichwort: KundInnenorientierung, Verwaltungsvereinfachung, Verbesserung der Dienstleistungsqualität) und durch die Nutzung neuer Technologien (**e-government**) bürgernäher gestaltet und damit den mannigfaltigen und vielfältigen Bedürfnissen der BewohnerInnen der Stadt näher gebracht (Bürgerservice).

Viele dieser Maßnahmen und Strategien wie auch die Probleme und Bedürfnisse, auf die sie reagieren, sind von zeitpolitischer Bedeutung bzw. tangieren explizit zeitpolitische Fragestellungen. Im Bereich der **Planung des Raumes** und seiner Überwindung durch (intelligente und nachhaltige Formen der) **Mobilität** spielt die Zeitdimension ebenfalls eine Rolle. Mobilitätsbezogene Problemlagen und Maßnahmen werden in Wien im Rahmen der Verkehrsplanung (etwa Masterplan Verkehr 2003, *Intelligent Transport System*) behandelt und umgesetzt. Zeitpolitische Dimensionen sind in der **Verwaltungsmodernisierung**, aber auch in den **alltags- und/oder frauenrelevanten Verwaltungsbereichen** und Angelegenheiten (etwa alltags- und frauengerechtes Planen und Bauen, Mehrfach- und Zwischennutzung, öffentliche Kinderbetreuungseinrichtungen) offensichtlich.

Entwicklung eines integrierten zeitpolitischen Ansatzes

Obwohl es in Wien eine Reihe von expliziten und v.a. impliziten zeitpolitischen Maßnahmen gibt, fehlt sowohl eine **systematische öffentliche Debatte** über die (sich ändernden) Zeitstrukturen der Stadt als auch ein integrierter zeitpolitischer Ansatz, der die verschiedenen kommunalen Politikfelder aus zeitpolitischer Perspektive miteinander verknüpft und vor dem Hintergrund des Wandels der Erwerbsgesellschaft und der Geschlechterverhältnisse weiterentwickelt. Auch könnten die vielen impliziten Maßnahmen unter dem Stichwort „Zeitpolitik“ oder „Zeiten der Stadt“ politisch besser kommuniziert werden.

Handlungsfelder und Problemlagen

In der vorliegenden Machbarkeitsstudie wurden eine Reihe von inhaltlichen Handlungsfeldern und konkreten Problemlagen kommunaler Zeitpolitik für Wien identifiziert (etwa ständige **Verfügbarkeit in der Arbeitswelt und Notwendigkeit des Lebenslangen Lernens, Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familien-/Privatleben, Kontakte zwischen BürgerInnen und Verwaltung** sowie **BürgerInnenbeteiligung**), für die im Rahmen von zeitpolitischen Gestaltungsprojekten Lösungen gesucht werden sollten. Weiters wurden Querschnittsfragen bzw. wichtige konzeptionelle Fragen des zeitpolitischen Zugangs benannt (etwa **Dilemma der Flexibilisierung, Entschleunigung und Beschleunigung, Lebensqualität und Zeitwohlstand, Ziele und Zielgruppen**), die nicht einfach zu beantworten sind, sondern selbst Teil einer vertieften zeitpolitischen Diskussion bzw. eines zeitpolitischen Pilotprojekts in Wien sein sollten.

Organisationsformen und Arbeitsweisen

Als wesentlichste Voraussetzung für die Etablierung eines neuen kommunalpolitischen Handlungsfeldes „Zeitpolitik“ gilt ein **hochrangiges Interesse und Commitment von Politik und Verwaltung**. Weiters scheint es sinnvoll, kommunale Zeitpolitik auf zwei miteinander zu verknüpfenden Ebenen anzusiedeln. Auf der „Makroebene“ des Magistrats bzw. der Stadtpolitik sollten gewisse Rahmenbedingungen geschaffen werden (etwa Einrichtung einer „**zeitpolitischen Stelle**“, behörden- und abteilungsübergreifende Vernetzungs- und Kooperationsstrukturen sowie adäquate **Einbindung der „NachfrageInnen und AnbieterInnen von Zeit“**), damit Zeitpolitik möglichst umfassend und nachhaltig etabliert werden kann. Damit werden gleichzeitig auch wesentliche Voraussetzungen für die Initiierung, Entwicklung und Umsetzung von zeitpolitischen Projekten auf lokaler bzw. „dezentraler“ Ebene geschaffen.

Erste Projektideen – Magistratsebene

Bestimmte zeitpolitische Projekte, die sich auf die gesamte Stadt beziehen, sind auf der Magistratsebene anzusiedeln. Ausgangspunkte kommunaler Zeitpolitik in Wien könnten Projektideen sein, die die Transparenz und adäquate Kommunikation von Öffnungszeiten und bestehenden (expliziten wie impliziten) zeitpolitischen Maßnahmen oder auch eine Sensibilisierung für das Thema zum Ziel haben (etwa umfassende **Erhebung und Darstellung zeitpolitischer Maßnahmen, zeitpolitische Erweiterung bzw. Optimierung bestehender Stadtinformationssysteme, Sondernummer der Zeitung „wien.at“** oder **Veranstaltung zum Thema „Zeiten der Stadt“**). Auf diese Weise könnten bestehende Zeitangebote (Öffnungszeiten und zeitpolitische Maßnahmen) der Stadt Wien sowohl innerhalb des Magistrats als auch für die BewohnerInnen der Stadt sichtbar(er) gemacht sowie ein Bewusstsein geschaffen werden, dass individuelle Zeitprobleme häufig strukturelle Ursachen haben, öffentliche bzw. kollektive Zeitpläne gestaltbar und Zeitkonflikte moderierbar sind.

Insgesamt fehlen für Wien genauere, quantitative und qualitative wissenschaftliche Befunde über zeitpolitische Problemlagen – besonders mit Blick auf unterschiedliche Bevölkerungsgruppen, aber auch auf wirtschaftliche Branchen und ökonomische Abläufe. Detaillierte **KundInnenbefragungen, Sonderauswertungen** von derzeit noch in Arbeit befindlichen Erhebungen **über die Zeitverwendung** (im Auftrag der Bundesministerin für Frauen) und zu **subjektiven Indikatoren von Zeitwohlstand** (im Auftrag des Lebensministeriums) sowie **vertiefende qualitative Untersuchungen** in einzelnen Themenbereichen, aber auch die Erstellung von dynamischen Zeitkarten, so genannten **Chronomaps der Stadt**, stellen daher ebenfalls konkrete **Projektideen** dar. Auf Basis dieser Befunde könnten dann **konkrete Gestaltungsprojekte** entwickelt und umgesetzt werden.

Eine Möglichkeit, „Zeitpolitik“ zu etablieren, besteht in der Initiierung von Leitprojekten in maßgeblichen Abteilungen (ähnlich den existierenden Gender Mainstreaming-Leitprojekten). Als ein mögliches **Pilotprojekt** wurde **das neue Sozialmedizinische**

Zentrum Nord genannt. Hier sollte bereits bei der Planung die Zeitdimension (etwa Ambulanzzeiten) mitbedacht und gestaltet werden.

Eher langfristig angelegte Projektideen betreffen die Schaffung eines *Diskussionsforums für „Zukunftsfragen, Zeitpolitik und Lebensqualität“* oder auch von *Instrumenten zu „Zeitfolgenabschätzung“ und „Timebudgeting“*.

Erste Projektideen – dezentrale Ebene

Die *lokale bzw. „dezentrale“ Ebene* spielt eine sehr wichtige Rolle bei der Erfassung konkreter Zeitnöte und -konflikte und bei der Umsetzung zeitpolitischer Gestaltungsprojekte, da hier Pilotprojekte – gemeinsam mit den BürgerInnen – entwickelt und nach einer Testphase auch auf andere Stadtteile oder Bezirke ausgeweitet werden können. Dennoch bedarf es auch auf dieser Ebene entsprechender organisatorischer Rahmenbedingungen und vor allem der *Vernetzung und Kooperation relevanter AkteurInnen vor Ort*. Anregungen für zeitpolitische Projekte könnten von der Makroebene (etwa von einer „zeitpolitischen Stelle“) ausgehen; größere stadtnahe Institutionen oder die Bezirksvorstehungen, die Gebietsbetreuung und die Agenda 21 kommen als mögliche InitiatorInnen bzw. TrägerInnen in Frage.

Im Rahmen der vorliegenden Machbarkeitsstudie wurden auch für diese Ebene *konkrete Projektideen* identifiziert. Diese beziehen sich auf die Erhebung der unterschiedlichen Zeitstrukturen bzw. konkreter Zeitprobleme (etwa: „*Was bedeutet Zeit im Tagesablauf für WienerInnen*“ – im Zusammenhang mit der Evaluierung des „Mariahilfer Platzls“) sowie auf die Verbesserung der Transparenz von Öffnungszeiten vor Ort (etwa *Erweiterung der Bezirkspläne um zeitliche Informationen*).

Ein *breit angelegtes Pilotprojekt auf Bezirksebene*, das unterschiedliche Zeitstrukturen bzw. Zeitprobleme vor Ort analysiert, den konkreten Handlungsbedarf identifiziert sowie in Kooperation mit allen relevanten AkteurInnen – auf kommunaler und Bezirksebene – konkrete Verbesserungsmaßnahmen erarbeitet und deren Umsetzung betreibt, könnte ein erster konkreter Schritt der Etablierung von kommunaler Zeitpolitik in Wien sein.